



## „Der prekäre Wohlstand“

15 Jahre deutsche Einheit

- Erfahrungen eines Westdeutschen in Mecklenburg und Brandenburg -

Gekürzte Fassung des Vortrags von **Dipl.-Volkswirt Christian Schwandt**, Geschäftsführer und kaufmännischer Direktor der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz

am 29. September 2005 vor der Ev. Akademie Recklinghausen

In periodischen Abständen flammen in Deutschland Ost-West-Debatten auf, die um die Frage kreisen, worin die Ursachen für die unbefriedigende Entwicklung in der östlichen Teilgesellschaft zu suchen sind. Diese Debatten zeigen immer wieder, wie blank die Nerven auch nach 15 Jahren deutscher Einheit noch liegen. Oft sind es unbedachte Äußerungen, die zu einer starken Polarisierung und zu einem erbitterten Grundsatzstreit führen.

Gelassenheit? Fehlanzeige! In der Regel tritt der sachliche Kern in den Hintergrund und es scheint nur noch um Schuldzuweisungen zu gehen. Viele Ostdeutsche fühlen sich stigmatisiert und reagieren aggressiv. Nicht selten werden die Überbringer unangenehmer Botschaften zum Sündenbock.

Mit Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen begann dieses hoch emotionale Wechselspiel. In den beiden Städten kam es Anfang der 90er Jahre zu ausländerfeindlichen Ausschreitungen. Im September 1991 griffen Neonazis in Sachsen ein Asylbewerberheim mit Stahlkugeln und Molotowcocktails an. Ein knappes Jahr später, im August 1992, bewarfen Chaoten die Zentralstelle für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern mit Brandsätzen. Schnell führten westdeutsche Wissenschaftler und Politiker die ausländerfeindlichen Übergriffe auf die fehlende Reisefreiheit im DDR-System und die dadurch bedingte geringe Weltläufigkeit und mangelnde Toleranz gegenüber Fremden zurück. Angesichts solcher Generalisierungen verhärteten sich die Fronten.

Wie die Faust aufs Auge passte da ein scheinbar ausländerfeindlicher Vorfall 1997 im kleinen sächsischen Ort Sebnitz. Damals kam der sechsjährige Josef, Sohn einer deutsch-irakischen Apothekerfamilie im Schwimmbad ums Leben. Die Mutter erhob den Vorwurf, er sei von Neonazis unter den Augen zahlreicher Badegäste ertränkt worden und sorgte damit bundesweit für Aufsehen. Einem medizinischen Gutachten zufolge war jedoch nicht Fremdverschulden, sondern ein krankheitsbedingter Herzstillstand die Todesursache. Die angeblichen Zeugen hatten falsch ausgesagt und der Vorwurf, die ostdeutschen Badegäste hätten typischer Weise wegsehen und absichtlich nicht eingegriffen, erwies sich als haltlos.

Enormes Erregungspotential hatte auch die so genannte „Töpfchen-Theorie“ des Hannoveraner Kriminologen Christian Pfeiffer. Der spätere niedersächsische Justizminister machte 1999 die autoritäre Erziehung in der DDR für die zügellose Gewalt Jugendlicher verantwortlich. Die "Zonenkinder", so ein Bestsellertitel, seien „zu früh und zu lange von ihren elterlichen Bezugspersonen getrennt und in den Kindereinrichtungen einem großen Anpassungsdruck ausgesetzt“ gewesen, bis hin zum gemeinsamen Verrichten der Notdurft in den Krippen. Die überregionalen Feuilletons beleuchteten ausführlich das Für und Wider dieser These.

Um ökonomische Verwerfungen ging es 2001, als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland veröffentlich-

te. Schon sein erster Satz traf ins Schwarze: „Eine ehrliche Bestandsaufnahme muss feststellen, dass die wirtschaftliche und soziale Lage auf der Kippe steht.“ Die Reaktionen blieben nicht aus – „Miesmacherei“ lautete der Vorwurf aus allen Parteien, wobei sich dieses Mal vor allem der Westen angegriffen fühlte. Kanzler Gerhard Schröder höchstpersönlich piff den Bundestagspräsidenten zurück. Mit Thierses Appell, der eine fürsorgliche Politik gefordert hatte, um „Selbstwertgefühl, Bindung und Identifikation“ der Ostdeutschen zu stärken, konnte der Regierungschef nichts anfangen.

Dass es um diese Einstellungen scheinbar schlecht bestellt ist, zeigte 2002 das Massaker am Erfurter Gutenberg-Gymnasium. Schüler Robert Steinhäuser erschoss 16 Menschen und sich selbst - ein Kulturschock für Deutschland. Monatelang wurde darüber debattiert, was die schreckliche Tat mit der Perspektivlosigkeit im Osten zu tun haben könnte

Nicht minder aufwühlend war nun in diesem Sommer die neunfache Tötung von Neugeborenen in Brieskow-Finkenheerd. Dieses unfassbare Ereignis stelle Brandenburgs Innenminister Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) in den Zusammenhang mit anderen grausamen Tötungsdelikten in seinem Land. Der aus dem Westen stammende Politiker führte die Taten nicht zuletzt auf die „zwangsweise Verproletarisierung ländlich strukturierter Räume Ostdeutschlands“ durch die SED zurück. „Ich weiß nicht, wo sonst noch bei einem Teil unseres Menschenschlags die Gleichgültigkeit herkommt“, sagte er und „jetzt werden natürlich wieder viele sagen, der Wessi tritt uns Ossi ins Kreuz“. Und genau so ist es gekommen.

Die nächste Debatte wird sich an der Zertrümmerung unseres schön übersichtlichen Parteiensystems entzünden. Deutschland ist nicht nur - aber vor allem auch - durch die Einheit ein Land im Übergang geworden. Während aber die anderen ost-mittel-europäischen Länder wie Polen, Tschechien, Ungarn, die Slowakei oder die baltischen Staaten diesen Prozess akzeptierend durchleben, halten die Deutschen die entsprechenden parteipolitischen Verwerfungen, die in den neuen EU-Mitgliedsstaaten an der Tagesordnung sind, in Ostdeutschland für den Ausdruck einer therapiebedürftigen Abirrung. Vielleicht heilt uns die vergangene Bundestagswahl von dem Wahn, Ostdeutschland sei kein postsozialistisches Transformationsland.

Seit 15 Jahren lebe und arbeite ich nun in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Vorwiegend auf dem Lande. Als gefährlich habe ich die Umgebung nur ein einziges Mal empfunden. An einem Abend Mitte der 90er Jahre fand in dem kleinen Ort Burg Stargard, in dem ich seit 1993 wohne, ein Fest statt. Gegen 22.00 Uhr wollten drei etwa 15- bis 16-jährige Skinheads anfangen zu randalieren und beschimpften einige andere Gäste. Da kam eine kleine, etwa 1,55 m große, stämmige Frau, die Kindergärtnerin des Ortes, stellte sich den drei großen, bulligen Jungen gegenüber und sagte: „Hört mal, was nehmt ihr euch eigentlich heraus. Vor zehn Jahren habe ich euch im Kindergarten noch den Arsch abgewischt und jetzt meint ihr hier die Leute terrorisieren zu können!“ Die drei Jungen kuschelten und es war Ruhe. So viel zur Töpfchentheorie.

Im Mai 1989 hatte ich nach einem Studium der Volkswirtschaftslehre, Japanologie und Literaturwissenschaft in Hamburg, Tokio und Irland meine Examina abgelegt und suchte nun nach einem Berufseinstieg. Ich hatte einen Hamburger Wirtschaftsprüfer kennen gelernt, der im Frühsommer 1990 Aufträge von den Treuhandniederlassungen in den damaligen Bezirksstädten der DDR Neubrandenburg, Rostock, Schwerin, Frankfurt/Oder und Berlin erhalten hatte. Er hatte damals, kurz vor der Währungsunion, am 1. 7. 1990, weit mehr Aufträge als Mitarbeiter, die diese ausführen konnten. Und so fragte er mich, ob ich nicht für drei bis vier Wochen für seine Firma in der mecklenburgischen Bezirksstadt Neubrandenburg arbeiten wollte. Aus drei bis vier Wochen sind inzwischen über fünfzehn Jahre geworden. Und von diesen fünfzehn Jahren möchte ich Ihnen erzählen. Das ist vielleicht nicht immer ganz wissenschaftlich, aber vielleicht kann ich Ihnen einige Einblicke geben, die Ihnen das regelmäßige Studium der Tagespresse nicht vermitteln kann.

Als ich im Mai 1990 das erste Mal in die damals noch existierende DDR kam, hatte ich die mündlichen Prüfungen in Volkswirtschaftslehre gerade zwei Wochen hinter mir. Wenn ich mir heute den Prüfungsstoff des Volkswirtschaftslehreexamens im Frühling 1990 angucke, so erstaunt in erster Linie eines: Wir hielten damals alle die DDR für eine erfolgreiche, im Weltmaßstab konkurrenzfähige, ja wohlhabende Volkswirtschaft. Es war zwei Jahre her, dass die DDR Großbritannien als neuntgrößte Volkswirtschaft der Welt verdrängt hatte. Deshalb trieb meine Professoren an der Universität Hamburg – ob linke oder rechte, ob nachfrage- oder angebotsorientierte – vor allem die Frage um, wie das riesige Vermögen der DDR gerecht unter die neuen Bürger eines demokratischen Staates verteilt werden konnte.

Das Abenteuer Einheit begann mit der Währungsumstellung, den DM-Eröffnungsbilanzen und der Privatisierung volkseigener Betriebe. Ich kam frisch von der Uni, wurde in ein paar sehr teure eintägige Fortbildungsseminare gesteckt und sollte auf einmal den VEB K-Bau Templin, ein Baukombinat mit 480 Mitarbeitern privatisieren und in die Marktwirtschaft überführen. In den ersten beiden Wochen wurde ich von meinen Vorgesetzten noch eng geführt und regelmäßig überwacht. Aber Anfang August 1990 erhielt unsere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den Auftrag, sich um das Agrochemische Zentrum des Bezirks Neubrandenburg zu kümmern. Und wir stellten bei der Inventur anlässlich der DM-Eröffnungsbilanz fest, dass zu diesem Betrieb zwei Hallen mit Chemie- und Düngemittelresten gehörten, die man nur mit Schutzanzug und Gasmaske betreten konnte. Es bestand der Verdacht, dass dort unsachgemäß Dioxin eingelagert worden war. Nun war Gefahr im Verzug und ich musste mich um meine Baubetriebe, die aus dem Kombinat herausgelöst werden sollten, mehr oder minder alleine kümmern. Die Privatisierung, die sich etwa eineinhalb Jahre hinzog, entwickelte sich erstaunlich gut. Aber es war aus heutiger Sicht eigentlich kaum zu verantworten, jemandem mit so wenig Erfahrung eine solche Aufgabe zu übertragen.

Eine unerwartete persönliche Wendung nahm das Abenteuer deutsche Einheit für mich am 2. Oktober 1990. Während des Studiums hatte ich beim damaligen Hamburger Kultursenator gejobbt und mich dabei auch mit Kulturfinanzierung auseinandergesetzt. Deshalb wurde ich mit einem meiner damaligen Chefs am 2. Oktober, also einen Tag vor der deutschen Einheit, in das neue Büro der Neubrandenburger Philharmonie gebeten. Dieses Orchester war eine Einrichtung des Bezirkes Neubrandenburg, der um Mitternacht dieses Tages unterging, und keiner wusste damals genau, wie es weitergehen sollte. Ein Land Mecklenburg-Vorpommern gab es noch nicht, auf kommunaler und Landesebene gab es nicht einmal verlässliche Ansprechpartner, weil durch die Reorganisation der Verwaltung diese beinahe wöchentlich wechselten. Das Orchester wurde damals von der Dirigentin Romely Pfund geleitet, die ich durch die Neuorganisation und Finanzierung des Orchesters in den folgenden Wochen und Monaten sehr gut kennen lernte. Wir verlobten uns im Dezember 1990, heirateten im August 1991 und bekamen zügig zwei Kinder.

Die Bewohner der DDR wurden mit der Bundesrepublik erstmals durch die Währungsumstellung am 1. Juli 1990 konfrontiert. Die Umtauschkurse von DDR-Mark in D-Mark waren nicht einheitlich. Bewohner der DDR konnten zunächst einen Sockelbetrag 1:1 tauschen, und zwar Kinder 2000 Mark, Erwachsene 4000 Mark, Rentner 6000 Mark. Darüber hinaus gehende Summen wurden 1:2 getauscht, ebenso alle Guthaben von Firmen, Behörden und anderen juristischen Personen. Inhaber von DDR-Mark-Guthaben, die ihren Wohnsitz oder juristischen Sitz außerhalb der DDR hatten, konnten ebenfalls 1:2 tauschen, sofern die Guthaben schon Ende 1989 bestanden. Später entstandene Guthaben wurden aber nur 1:3 umgestellt. Diese verschiedenen Umtauschsätze verführten natürlich geradezu zu Umgehungshandlungen, das heißt zur Transferierung von Geld auf Konten mit möglichst günstigem Umtauschkurs. Wenn zum Beispiel ein DDR-Bürger vor dem Umtausch größere Summen von seinem Konto abgehoben hat, ohne dass irgendein Geschäft damit zusammen hing, dann hat er sie auf Verwandte oder Freunde verteilt, die ihr 1:1 - Kontingent nicht ausnutzen konnten. In einem Fall kam her-

aus, dass Bewohner eines ganzen Altersheimes für den Umtausch zur günstigen Quote benutzt worden waren.

Nach der Währungsumstellung waren die Ostdeutschen gezwungen, den Regelungsfanatismus der reifen Bundesrepublik kennen zu lernen. Der Schock kam über Nacht. Eine offene, freiheitliche Gesellschaft hatte man sich anders vorgestellt. Härter und egoistischer als früher – ja. Aber doch auch großzügig, vernünftig, wohl organisiert. Viele Ostdeutsche sahen vor 15 Jahren im Rechtsstaat, im Verwaltungs- und Regierungssystem der Bundesrepublik ein höheres Wesen. Manche mögen es politisch abgelehnt haben, doch von seiner Leistungsorientierung und Effizienz waren die meisten überzeugt. Von der real existierenden Bundesrepublik sind sie völlig überrascht worden.

Neue Bürokratien ergriffen nach der Einigung schnell und mit penetranter Eindringlichkeit von den Menschen Besitz. Behördengänge, die im Westen normaler Weise im Laufe von Jahrzehnten erledigt werden müssen, wurden 1990/91 für die Ostdeutschen auf ein gutes Jahr zusammengedrängt. Es begann mit der Ausgabe von mehr als 10 Millionen Lohnsteuerkarten, setzte sich mit den ersten Steuererklärungen fort. Jeder Autobesitzer musste sein Fahrzeug ummelden. Vier Millionen Menschen waren 1990 in Unternehmen der Treuhandanstalt beschäftigt und setzten sich direkt oder indirekt mit dieser Behörde neuen Typs und den eigens für sie geschaffenen Gesetzen auseinander.

Wenn - wie in den neuen Ländern üblich – beide Eltern arbeiteten, musste mindestens einmal der Anspruch auf Kindergeld eingefordert, umgetragen oder angepasst werden. Mehr als 100.000 Rentner legten Widerspruch gegen die Neuberechnung der Altersbezüge ein. Die Bürger hatten es nur allzu oft mit unerfahrenen, teilweise überforderten Sachbearbeitern zu tun. Die weit verbreitete Hilflosigkeit im Umgang mit den westdeutschen Regelungen war in den ersten Jahren nach der Wende hinter den Schreibtischen der Ämter nicht viel geringer als davor. Und dennoch oder vielleicht gerade deswegen haben viele Menschen jene ersten Jahre nach der politischen Wende, jenen kurzen Sommer der Anarchie, als eine der beglückendsten Zeiten ihres Lebens in Erinnerung.

Denn während dem Typus der Vereinigungsbürokratie – dem Übergang von einem nicht mehr zu einem noch nicht funktionierenden Staat - vor allem mit Erstaunen und Einsicht in die Notwendigkeit begegnet wurde, führten die Erfahrungen mit dem alltäglichen Regelungsfanatismus der Bundesrepublik nicht selten zu kalter Wut. Bau- Finanz- und Arbeitsämter, Ortskrankenkassen oder das Verkehrszentralregister kamen in den Träumen vom Westen nicht vor.

Am Beginn meines Vortrages hatte ich Wolfgang Thierse mit der Warnung zitiert, dass in Ostdeutschland die wirtschaftliche und soziale Lage auf der Kippe stehe. Damit hat er meiner Ansicht nach Recht. Bereits seit 1998 gibt es in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg praktisch kein Wirtschaftswachstum mehr. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt leben inzwischen mehr als 50 % der Bevölkerung überwiegend von Zuwendungen der Sozialkassen. Städte wie Neubrandenburg, Greifswald oder Stralsund werden im Zeitraum bis 2010 (gerechnet seit 1990) mehr als 25 % ihrer Einwohner verloren haben. In unserem Nachbarkreis Uecker-Randow, aber auch in den Kreisen Uckermark und Priegnitz in Brandenburg wird die Bevölkerungszahl sogar um ein Drittel zurückgehen. Die Geburtenraten sackten überall um etwa 50 % ab. Vor allem verschieben sich die Verhältnisse der Geschlechter zu einander. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gibt es je 100 Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren nur noch 85 Frauen.

Das vielleicht größte Problem ist die Abwanderung von qualifizierten Mitarbeitern. In den zehn Jahren, in denen ich als Prokurist und Steuerberatungs- und Geschäftsführer einer mittelständischen Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Ostdeutschland gearbeitet habe, machten etwa 20 junge Leute in unserem Betrieb eine Ausbildung oder ein längeres Prakti-

kum. 10 von ihnen haben die neuen Bundesländer inzwischen verlassen und arbeiten in anderen Teilen der Bundesrepublik oder in ganz Europa. Die jüngeren, gut ausgebildeten Mitarbeiter verlassen Ostdeutschland eigentlich in den seltensten Fällen, weil sie arbeitslos werden, sondern in erster Linie, weil sie sich in Westdeutschland oder sogar in den übrigen EU-Ländern besser weiterentwickeln können. In Ostdeutschland hat es mit der Wende einen Elitewechsel gegeben und es sind damals relativ junge Leute in die wenigen führenden Positionen gekommen. Dort sitzen sie jetzt. Es kommt hinzu, dass es in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg seit 1998 praktisch kein Wirtschaftswachstum gibt und deshalb auch die Wirtschaftsbetriebe kaum Verteilungsspielraum für Lohn- und Gehaltserhöhungen haben. Wenn gute Leute sich weiterentwickeln wollen, locken deshalb Berlin, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, aber auch Paris. Besondere Schärfe erhält der Wegzug dadurch, dass vor allem gut ausgebildete junge Frauen die Gegend verlassen. Ein Grund scheint zu sein, dass sie keine adäquaten Partner finden. Ein negativer Nebeneffekt der Entwicklung besteht darin, dass kaum ein Politiker noch an Bildungsinvestitionen glaubt. So etwas wird natürlich nicht öffentlich gesagt, aber in Hintergrundgesprächen heißt es schon: Gut ausgebildete Leute verlassen über kurz oder lang nur das Land. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg geben schon heute am wenigsten von allen Bundesländern pro Kopf für Schulbildung aus und in einem erbitterten Streit mit den Hochschulen will das Bildungsministerium in naher Zukunft das Angebot an höherer Bildung massiv einschränken.

Erstaunliche Erfolge gibt es dem gegenüber bei der Infrastruktur und der Bausubstanz. Schnell und umfassend wurde das Straßennetz verbessert. Die Gewässer der Mecklenburgischen Seenplatte sind inzwischen die saubersten Europas. Tagebauregionen in Brandenburg wurden rekultiviert. Hell getüncht strahlen die Fassaden der renovierten Theater und Konzertsäle. Es ist leicht und preiswert, eine ordentliche Wohnung zu finden. Zwischen 25 und 30 % der Bevölkerung sind auf Dauer Gewinner der Einheit. Das allgemeine Preisniveau ist etwa 10 bis 15 % niedriger als im Westen. Ein neues Eigenheim in einem Oberzentrum wie Neubrandenburg, Schwerin oder Rostock kostet auf einem Grundstück von 700 bis 800 Quadratmetern zwischen 160.000 und 180.000 Euro. Geht man auf die Dörfer, wird es noch preiswerter. Ein Freund von mir hat im strukturschwachen Kreis Demmin ein Haus mit Garten für 12.000 € erstanden und - zugegeben mit viel Eigeneinsatz - für 38.000 € sehr schön renoviert. Jetzt hat er für insgesamt 50.000 € 130 Quadratmeter Wohnfläche und einen wunderschönen Garten. So etwas ist im Westen undenkbar.

Weniges ist in Mecklenburg- Vorpommern und Brandenburg derzeit so in Schuss wie die kulturelle Infrastruktur. Es gibt einige Beispiele, die von einer schier unglaublichen Aufbauleistung zeugen. Neuruppin, die Geburtsstadt Theodor Fontanes und Karl Friedrich Schinkels und ehemals Garnisonsstadt mit vielen schönen Plätzen, war 1990 in seiner Bausubstanz zu mehr als der Hälfte völlig zerstört. Das Schinkelhaus war verfallen, die Pfarrkirche St. Marien, in damaligen Reiseführern noch als sehenswert beschrieben, war praktisch abbruchreif und gesperrt. Dies ist heute, 15 Jahre später, aufwändig liebevoll restauriert.

Diese Gegend ist immer auch Zuflucht für Außenseiter gewesen. Ernst Barlach fand am Heideberg in Güstrow für seine wichtigsten Arbeiten Ruhe. Sein Atelierhaus ist mit Mitteln der Kulturstiftung der Länder sorgfältig restauriert worden und bietet heute ein absolut großartiges Museum.

In einem Bauernhaus auf schmalen Bergrücken zwischen vier Gewässern des so genannten Feldberger Kleinseengebietes, dem Schmalen Lüzin, dem Carwitzer See und dem Dreetz, war 1933 Hans Fallada untergekommen. Sein Verleger Ernst Rowohlt hatte ihm die Binnenimmigration nahe gelegt. All die großen Werke entstanden hier. In Carwitz gibt es auch für Fallada ein großartiges Museum. An einem Sommertag dieses Carwitz vielleicht einer der schönsten Orte der Welt.

Mein eigenes Theater spielt in einem 1995 vollkommen restaurierten, wunderschönen spätbarocken Schauspielhaus und hat im Jahr 2001 mit der Konzertkirche Neubrandenburg einen Konzertsaal mit über 800 Plätzen in einer Backsteingotikkirche zur Verfügung gestellt bekommen. Nach einer europaweiten Ausschreibung überzeugte der finnische Architekt Pekka Salmi mit seiner Konzeption zum Ausbau der über 700jährigen Marienkirche als Konzertsaal. Die Frankfurter Allgemeine fand dafür die Worte: „Deutschlands bemerkenswerteste Wiederaufbauleistung seit 1989“. Dies sind nur einige wenige Beispiele dafür, dass die Einheit funktioniert hat, dass viele Investitionen sich gelohnt haben.

Doch welche Werturteile prägen heute - eine halbe Generation nach der Einheit – und vielleicht noch lange Zeit das Alltagsverhalten der Deutschen in Ostdeutschland, welche Ideale, welche Erfahrungen? Es ist ein grundsätzlicher Unterschied, ob es für die Regelung der wesentlichen Lebensbereiche von der Kinderbetreuung über Moralerziehung, Karrierewege, Freizeitgestaltung und Altersvorsorge eine zentrale Anlaufstelle, nämlich den Betrieb oder das Arbeitskollektiv gibt oder ob das der individuellen Gestaltung und damit auch Verantwortung anheim fällt. Es ist ein Unterschied, ob Lebensunterhalt und Wohnung Sache eigener Anstrengung und Risiken sind oder Teil staatlicher Fürsorge, ob Geld oder Beziehungen zentrale Kategorien der Lebenssicherung sind. Die in der DDR aufgewachsenen und sozialisierten Generationen wurden weltanschaulich vom antifaschistischen Pathos der Nachkriegszeit und von Gleichheits- und Gerechtigkeitsidealen geprägt, die in den neuen Bildungs- und Aufstiegschancen für ehemals unterprivilegierte Schichten verwirklicht zu sein schien. Die Verletzung dieser Ideale war der Hauptgrund für die spätere Aufkündigung der Grundloyalität gegenüber dem SED-Regime. Diese weltanschauliche Prägung hat die Wende vor 15 Jahren in vielen Fällen überdauert und begründet die heute festzustellende Ost-West-Distanz in den gesellschaftlichen Wertvorstellungen. Die hervorstechenden Differenzen in der Wertehierarchie lassen sich auf die Formel bringen, dass im Westen die Freiheitsrechte an erster Stelle stehen, im Osten soziale Bedürfnisse als Menschenrechte reklamiert werden.

Durch die Globalisierung, die demografische Entwicklung, die Abwanderung, die Wachstumschwäche in den neuen Bundesländern entstand insbesondere in den letzten fünf Jahren in Ostdeutschland eine Klassengesellschaft, wie ich sie aus dem Westen bisher nicht kannte. Und durch die Verschmelzung von PDS und WASG zur Linkspartei tritt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik der politischen Klasse das Elend dieses Landes nicht mehr als diffuse Stimmung, sondern in Gestalt eines politischen Gegners gegenüber. Das macht die meisten etablierten Politiker fassungslos. Vielleicht weil sie ahnen, dass es hier nicht mehr um Erkenntnisfragen und Vermittlungsprobleme geht, sondern um die krude soziale Wirklichkeit: Dieses Land ist in einem Zustand, dass unter günstigsten Reformbedingungen trotzdem eine stattliche Zahl von Existenzen auf der Strecke bleiben wird. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik gibt es eindeutig Verlierer.

Das ist das ungewöhnliche an der jetzt eingetretenen Situation. Zum ersten Mal in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg geht es wirklich um Ziele und Existenzfragen, von denen zumindest die Fachleute sagen, dass sie jenseits des kurzfristig, also in der Politik auf vier Jahre angelegten, erreichbaren politischen Horizonts liegen. Gerade in Ostdeutschland stehen sich grundverschiedene Interessen gegenüber. Es gibt die Interessen jener, die ihren sozialen Abstieg mildern müssen - egal was später wird - und die Interessen jener, die diese Not um künftiger Generationen willen in Kauf nehmen müssen, ungeachtet der politischen Konflikte, die daraus erwachsen werden. Es gibt dabei nur den Mut auszusprechen, dass das rettende Ufer weit in der Ferne liegt. Ohne Opfer ist es nicht mehr zu erreichen. Aber warum sollen die Bürger, die Wähler den Politikern auf diesem Weg folgen? Warum sollen sie gegen ihre aktuellen Lebensinteressen votieren für die Zukunft künftiger Generationen? Das genau ist der Grund, warum Politik, wie sie bisher gemacht wurde, nicht mehr reicht, warum es eine Botschaft geben muss, eine Vision davon, wie die gesellschaftliche Zukunft denn aussehen soll. Ohne Emphase, ohne kraftvolle Ideen wird das nicht gelingen.